

Die demografischen Herausforderungen und die Ausgangslage in Deutschland

Nur vier Zahlen/Herausforderungen zur Skizzierung des demografischen Herausforderung:

In den vielen Sonntagsreden heisst es immer: „Wir werden älter, wir werden weniger, wir werden bunter“. Das ist eine harmlos klingende Aussage, die in dieser Harmlosigkeit geradezu gemeingefährlich ist:

1. „Wir werden weniger“ muss man in Zahlen verdeutlichen: Die demografisch vorausberechnete Abnahme der Erwerbsfähigen in Deutschland um 6,3 Mio bis 2030, trotz eingerechneter Zuwanderung von durchschnittlich 200.000 Personen pro Jahr, kann keine Industriegesellschaft dieser Welt ohne Einbußen aushalten: Und keiner weiß, ob wir die hohen Einwanderungszahlen halten oder steigern können und wie wir es schaffen, möglichst qualifizierte Einwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Gerede, dass die Flüchtlinge unser Nachwuchsproblem lösen, ist kompletter Unsinn – dafür sind sie weder ausreichend qualifiziert noch von der Anzahl her genug. Auch die Produktivität kann nicht so schnell steigen wie die Fachkräfte abnehmen. Und selbst wenn die Digitalisierung im Rahmen der vielbeschworenen Industrie 4.0 wird nicht so viele Arbeitsplätze vernichten wie Menschen fehlen, zumal nicht in den Bereichen Pflege und Betreuung, weil wir da auf Menschen wie Sie angewiesen sind und bleiben werden.
2. „Wir werden älter“ braucht auch konkrete Zahlen: Die gleichzeitige Zunahme der Rentenempfänger um 5,8 Mio bis 2030 und die zusätzlich zu erwartende Zunahme der Lebenserwartung um drei Monate pro Jahr stellt unser gesetzliches Rentensystem und das damit verbundene Umlageverfahren vor eine unlösbare Aufgabe. Dazu muss man nicht Mathematik studiert haben, wie Franz Müntefering immer wieder sagt. Um nur die unmittelbar bevorstehende Zukunft in Zahlen begreifbar zu machen: Nach dem Rentenversicherungsbericht 2015 belaufen sich die Defizite der allg. Rentenversicherungen beim gegenwärtigen Stand – also ohne jede Verbesserung - belaufen sich 2017 auf 4 Mrd, 2018 auf 5 Mrd und 2019 auf 6 Mrd. Dann sind von der heutigen sog. Nachhaltigkeitsrücklage nur noch 14,6 Mrd übrig: Das sind 0,67 Monatszahlungen. Und die Rente mit 67 ist als solche auch keine Lösung: Bis sie Ende 2029 endgültig in Kraft getreten ist, könnten einige Erwerbsfähige zwei Jahre länger arbeiten – sie leben aber fast alle dann schon drei Jahre länger. Ein kleiner Bremseffekt, aber unzureichend. Und wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz kann auch der staatliche Zuschuss in die Rentenversicherung (heute auch wegen der sog. versicherungsfremden Leistungen bereits 100 Mrd pro Jahr, die eigentlich aus den allgemeinen Steuermitteln direkt bezahlt werden müssten) nicht noch weiter steigen als ohnehin schon vorgesehen. Wir wissen (oder die Bundesregierung weiss sehr wohl) seit langem, dass der Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern deutlich macht, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen. (Rentenversicherungsbericht Februar 2016, S.12)

3. Alle Fachleute sind sich einig, dass es bis 2050 fast zu einer Verdoppelung der Pflegebedürftigen (von 2,6 Mio auf 4,2 Mio) kommen wird. Allein die Zahl der an Demenz leidenden Menschen wird sich von XX im Jahr 2010 auf 1,4 Mio im Jahr 2030 erhöhen. Das geschieht bei gleichzeitiger Abnahme des informellen/familiären Pflegepotentials, das heute noch 70% der Pflegeleistungen erbringt (vorwiegend ältere Frauen). Die Pflegeversicherung in ihrer jetzigen Form kann sich dieser Entwicklung nur stellen, wenn eine drastische Steigerung der Beiträge erfolgt. Keiner hat hier eine Patentlösung. Aber alle sind sich einig, dass grundlegende Veränderungen nötig sind. Ein Nebenaspekt: Schon heute pflegen 2,4 Mio Vollerwerbstätige einen oder mehrere Angehörige. Sie wenden dafür pro Woche 28 Stunden auf. Der Burnout ist für diesen Personenkreis programmiert, sie erfahren viel zu wenig Unterstützung aus der Gesellschaft und aus dem ganzen System, das zudem noch hochkomplex ist.

These 1: Die herkömmlichen Sozialsysteme und die herkömmliche Politik sind den demografischen Herausforderungen nicht gewachsen.

Angesichts der schnell wachsenden Herausforderungen durch den demografischen Wandel, gerät unser gesamtes gesellschaftliches System an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Das gilt insbesondere für den Bereich der Betreuung und Pflege der Alten und Hochaltrigen und noch mehr für die Gewährleistung ihrer angemessenen gesellschaftlichen Teilhabe. Dabei wird immer deutlicher, dass es nicht nur finanzielle Grenzen gibt: Die öffentlichen Mittel – sei es beim Bund, den Ländern oder den Kommunen - werden knapp, da wir die Schuldenbremse im Grundgesetz vorgesehen haben. Und die ist richtig, weil wir einen Rest an Generationengerechtigkeit auch noch beachten müssen. Und auch die Mittel der Sozial- und Krankenversicherung sind nicht unbegrenzt, weil die Belastbarkeit über höhere Beiträge nicht grenzenlos steigen kann – weder für die Wirtschaft noch für die Beitragszahler. Hinzu kommt der Mangel an einsatzfähigen und qualifizierten Personen in der Altenpflege, der auch (aber nicht nur!) demografisch bedingt ist.

Es kommt also jetzt darauf an, die neben den herkömmlichen noch vorhandenen anderen gesellschaftlichen Ressourcen zu mobilisieren. Die Bundesregierung hat das schon erkannt. Anders lässt sich die Schwerpunktsetzung „caring communities“ sowohl beim nächsten Altenbericht als auch beim Engagementbericht nicht erklären.

Dazu ein Zitat aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Altenbericht:
Gegenseitige Unterstützung und Hilfe in der Nachbarschaft und im Wohnumfeld sind kein Selbstläufer, sondern müssen kontinuierlich aufgebaut und gepflegt werden. Sie brauchen gut funktionierende Netzwerke und verlässliche Rahmenbedingungen. (Stellungnahme der Bundesregierung zum 7. Altenbericht BTDrucksache 18/10210 vom 2.11.16, S. XXVI)

Persönlicher Kommentar: Wohlweislich hat die Bundesregierung in dieser Stellungnahme keinerlei Aussage über die damit zusammenhängende Finanzierung gemacht und auch nicht den Stiftungen oder der Wirtschaft eine Mitverantwortung zugewiesen, sondern nur auf ein paar Modellprojekte und Werkzeugkoffer verwiesen. Das ist ein Grund zum Nachdenken, wie nachhaltig sie ihre Verpflichtung zu diesem Thema einschätzt.

Und ein Zitat aus dem Berichtstext:

Freie Wohlfahrtsverbände, Genossenschaften, Vereine, aber auch Familien, Nachbarschaften und soziale Netze sind wichtige Bestandteile eines historisch gewachsenen gemischten Wohlfahrtsmix, in dem Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken. S.37 ...Dabei muss klar sein, dass die grundsätzliche Verantwortung für die Ausgestaltung und Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge, wie eingangs dargelegt, beim Staat und bei den Kommunen liegt. Sie haben allerdings die Möglichkeit autonom und im Rahmen der Gesetze konkrete Aufgaben auf andere Träger zu übertragen. Im Rahmen einer seit vielen Jahrzehnten entwickelten Praxis setzen die Verantwortungsträger zunehmend darauf, andere Akteure (z. B. freigemeinnützige Wohlfahrtsverbände und Organisationen, Selbsthilfegruppen, Verbände und Vereine) mit der Umsetzung der Aufgaben zu betrauen. (7.Altenbericht S. 37/38)

Der für die Lebensqualität sehr wichtige Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe ist von seiner Natur her ohnehin am besten dazu geeignet, mit freiwilligen „Dienstleistungen“ realisiert zu werden, zumal es hier in erster Linie um den Aufbau von Vertrauen, Beziehungen und Kommunikation – in einem Wort um eine gesellschaftliche Teilhabe geht, die sich nicht oder schwer realisieren lässt mit der kommerziellen Logik der Leistung und Gegenleistung oder den Leistungen der Kranken- und Pflegekassen. Hand halten, eine Tasse Kaffee trinken und ein Schwätzchen halten ist keine Leistung, die ärztlich verordnet wird und abgerechnet werden kann. Es tut sich hier jedenfalls ein Feld auf, in dem es viele Freiwillige gibt, die sich einzubringen und viele die man mit einem angemessenen Angebot auch neu locken kann in eine nachbarschaftliche Selbsthilfe.

Unsere Gesellschaft lebt von Werten, die sie nicht selbst garantieren oder verordnen kann (Böckenförde). Hierzu gehört die Solidarität und Hilfsbereitschaft, auf die jeder Einzelne angewiesen ist und die zum Wesensgehalt der freiheitlichen Verantwortung gehört. An diese Verantwortung zu appellieren, kann per definitionem keine der oft vorwurfsvoll formulierten „Instrumentalisierung des Engagements durch den Staat“ sein. Das Prinzip der Subsidiarität gehört vielmehr zum Kernbestand jeder freiheitlichen Ordnung und **verbietet** dem Staat, Angelegenheiten per öffentlichen Eingriff zu regeln, die auch vor Ort in Eigenverantwortung geregelt werden können. Insofern ist das von Herrn Dr. Düssel angeführte Zitate, dass es ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit ist, wenn der Staat Sachen übernimmt, die kleinere Gemeinschaften selbst regeln können, vollkommen richtig. Staatliches Handeln kann nämlich schnell zur entmündigenden Bevormundung werden. Möglicherweise muss dieser Grundgedanke viel mehr als bisher ins Bewusstsein gerückt und wiederbelebt werden, um die althergebrachte obrigkeitstaatliche Fixierung weiter Teile der Bevölkerung und den weitverbreiteten Omnipotenzwahn der Politik zu überwinden.

These 2: Die Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit und Eigenverantwortung in den Quartieren und kleinen Kommunen hat Vorrang vor allem anderen und muss gefördert werden.

Die vielfachen Probleme der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und insbesondere die schnell wachsenden großen Belastungen von Erwerbstätigkeit und Pflege können im herkömmlichen System schon heute nicht ausreichend aufgefangen werden. „More of the same“ kann keine ausreichende Lösung bringen. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Weg von der Vollkasko-Mentalität hin zu einer Vielfalt von Lösungen mit Teilkasko-Charakter: **Niemand will das Gesundheitssystem und die damit aufzubringenden Leistungen abschaffen**, aber es braucht angesichts der absehbaren Grenzen seiner Leistungsfähigkeit dringend einer **Ergänzung**. Insbesondere die bisher im Rahmen von Familie werden infolge der gesellschaftlichen Mobilität innerhalb der Familien und wegen der niedrigen Geburtenrate zunehmend verschwinden. Wir haben heute schon in vielen Quartieren sowohl Beratungsstellen als auch starke Engagement- und Dienstleistungsstrukturen, auch neue Wohnformen und Mehrgenerationenhäuser, die eher als Begegnungszentren zu bezeichnen wären. Aber es gibt keine Transparenz, ein Gewirr von miteinander konkurrierenden Wohlfahrtsverbänden und kommerziellen Dienstleistern und dahinter ein hochkomplexes sozialrechtlich segmentiertes System der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Eingliederungshilfe nach der obligatorischen Bedürftigkeitsprüfung. Ein Laie kann sich da kaum zurecht finden. Und Kooperation der Akteure untereinander ist sehr schwach ausgeprägt.

Als Herzkammer der Zivilgesellschaft könnten Quartiers- oder Nachbarschaftsgenossenschaften sich selbst zum **Motor** und Treiber eines alle Bereiche umfassenden sozialen Wandels machen. Sie könnten die Handlungsfähigkeit in den Nahbereichen institutionalisieren und als wirtschaftlicher und eigenverantwortlicher Akteur alle Kräfte sinnvoll bündeln. Durch Einlagen auf niedrigem Niveau würde eine soziale Selektion vermieden, Vereine und Verbände könnten als Genossen mit höheren Einlagen beitreten ohne dadurch eine beherrschende Funktion einzunehmen. Auch andere Kooperationsformen aller Art sind vorstellbar, also nicht an eine Mitgliedschaft in der jeweiligen Genossenschaft gebunden.

Solche Sozial- oder Quartiers-oder Generationengenossenschaften könnten **gemeinsam** mit den anderen herkömmlichen Akteuren in Politik und Verwaltung, aber auch mit den Unternehmen, mit Stiftungen und mit Wohlfahrtsverbänden eine ganzheitliche und nachhaltige gesellschaftlichen Entwicklungsstrategie für den jeweiligen Bereich entwickeln und die Pläne abschließend von den gewählten demokratischen Organen legitimieren lassen.

Handlungsempfehlung 1: Der Aufbau gemeinsamen Handelns erfordert eigene Ressourcen! Fördert die Gründung von Bürgergenossenschaften!

Die notwendige Intensivierung der Zusammenarbeit vor Ort ist natürlich schwierig und voraussetzungsvoll: Es bedarf einer entsprechenden Ermöglichungsstruktur, d.h. es müssen professionelle Vernetzer und Moderatoren eingeschaltet werden, um den Prozess des Zusammenwachsens und Zusammenarbeitens der unterschiedlichen Sektoren in Gang zu bringen und dann auch aufrechtzuerhalten. Diese werden in der Regel nicht aus bestehenden Organisationen kommen können, da jede ihre Eigeninteressen verfolgt und damit als voreingenommen gilt.

Hinzu kommt, dass sich fast alle Akteure in einer Überzahl von Projekten verschleißen und gar keine Zeit oder Energie übrig haben, sich gesamtgesellschaftlichen Fragen zu stellen oder gar die skizzierte längerfristig wünschenswerte Entwicklung zu überlegen. Vor lauter Hamsterrad verlieren die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre ureigene Perspektive. Aber wer sonst soll denn eine solche gesellschaftliche Entwicklungsperspektive erzeugen?

Handlungsempfehlung 2: Wir brauchen weniger isolierten, caritativen Aktivismus und mehr transsektorale und strategische Kooperation!

Die Politik macht das, was sie will, mit Partnern, die sie sich aussucht. Unternehmen folgen ihren Partikularinteressen und verbinden diese mit den von ihnen präferierten Einzelprojekten. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen degenerieren zum Selbstzweck, sie sind eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit bedacht, konkurrieren untereinander und gönnen sich oft gegenseitig erzielte Erfolge nicht. Das ist keine gute Grundlage für einen effektiven sozialen Wandel, den wir auch und gerade in den Kommunen dringend brauchen.

Es ist die Aufgabe von wichtigen Playern, mehr systematische und strategische Zusammenarbeit zwischen den Sektoren und innerhalb der Sektoren anzustiften, d.h. gemeinsame Zielfestlegung, gemeinsame Instrumente festzulegen und den jeweiligen Beitrag jeden Akteurs mit Zeitkorridoren und Meilensteinen und regelmässiger Zielkontrolle abzustimmen. Auch dafür bedarf es personeller Ressourcen und einer sog. Backbone-Organisation: Ein zentraler und unabhängiger Treiber. Und dafür muss es auch eine dauerhafte **möglichst örtliche Förderung** aus gemeinsam aufzubringenden Mitteln aller Sektoren geben.

Die Angst vor der Zukunft, die wir fürchten, können wir nur dadurch bekämpfen, dass wir die Zukunft gestalten, die wir uns wünschen!